

ABSTRACTS

Michael Blake: Migration as Right and as Remedy

It is conventional, in the political philosophy of immigration, to divide between „open borders“ and „closed borders“ theories. This paper argues that this distinction ignores a significant point of agreement between some „open borders“ views and some „closed borders“ views – namely, that the legal right to migration ought to be understood with reference to the effects of that right upon the protection of basic moral rights. This entails that the argument between „open borders“ and „closed borders“ views can be evaluated in part based upon the empirical effects of a right to migration upon the protection of human rights. The controversy between Michael Blake’s own „closed borders“ view, and the „open borders“ views of Michael Huemer and Phillip Cole, is used to make this case.

Migration als Recht und Mittel der Abhilfe

In der politischen Philosophie der Einwanderung ist es üblich, zwischen Theorien „offener Grenzen“ und Theorien „geschlossener Grenzen“ zu unterscheiden. Dieser Beitrag argumentiert, dass diese Unterscheidung einen wichtigen Punkt übersieht, in dem zwischen einigen VertreterInnen „offener Grenzen“ und „geschlossener Grenzen“ Einigkeit besteht – nämlich, dass das juridische Recht auf Migration mit Blick auf seine Effekte auf den Schutz grundlegender moralischer Rechte zu verstehen ist. Dies impliziert, dass die Meinungsverschiedenheit zwischen Positionen „offener Grenzen“ und „geschlossener Grenzen“ teilweise auf der Grundlage der empirischen Effekte evaluiert werden sollte, die ein Recht auf Migration auf den Menschenrechtsschutz hätte. Die Kontroverse zwischen Michael Blakes eigener Position „geschlossener Grenzen“ und den Positionen „offener Grenzen“ von Michael Huemer und Phillip Cole wird herangezogen, um diesen Punkt zu verdeutlichen.

Jan Brezger: Zur Verteidigung des Menschenrechts auf internationale Bewegungsfreiheit. Eine Antwort auf Michael Blake

Muss, wer das Menschenrecht auf innerstaatliche Bewegungsfreiheit akzeptiert, auch ein Menschenrecht auf zwischenstaatliche Bewegungsfreiheit anerkennen? Im Anschluss an Joseph Carens und Kieran Oberman folgt der vorliegende Beitrag der These, dass dieselben Interessen, die das Menschenrecht auf freie Mobilität innerhalb der Staaten fundieren, auch zur Begründung eines Menschenrechts auf internationale Personenfreizügigkeit herangezogen werden können. Dieses Argument wird gegen zwei Einwände aus der jüngeren Debatte verteidigt, die insbesondere von Michael Blake vorgebracht wurden. Gegen Blake wird erstens argumentiert, dass sich die innerstaatliche Bewegungsfreiheit nicht adäquat als ein mitgliederspezifisches, mit dem Wahlrecht vergleichbares Menschenrecht fassen lässt. Zweitens liefert die Tatsache, dass die Einwanderung den bisherigen BürgerInnen die Pflicht auferlegt, fortan die Menschenrechte der MigrantInnen zu schützen, kein überzeugendes Argument für ein staatliches Recht auf Ausschluss.

In Defense of the Human Right to International Freedom of Movement. A Response to Michael Blake

Does recognizing the human right to domestic freedom of movement imply accepting a human right to international freedom of movement? Following Joseph Carens and Kieran Oberman, this article claims that the same interests that ground the human right to internal freedom of movement also support a human right to freedom of movement across state borders. This claim is defended against two objections advanced by Michael Blake. First, it is argued that domestic freedom of movement cannot be un-

derstood as a membership specific human right comparable to the right to vote. Second, it is held against Blake that the fact that immigration imposes a duty on citizens to protect and fulfill immigrants' human rights, does not convincingly justify the state's right to exclude would-be immigrants.

David Owen: Human Rights, Refugees and Freedom of Movement

This article offers a respect-based account of human rights that distinguishes teleological and deontological dimensions of respect. In section 1., it proposes this account by arguing for both human rights grounded on secure access to a minimally decent life (as humanitarian obligations expressing moral solidarity) and human rights grounded on a commitment to the equal standing of human beings as members of transnational society (as obligations of justice). This account is motivated by contrast to accounts based solely on secure access to the satisfaction of basic needs (e.g. Miller) and to maximalist view of human rights proposed by liberal egalitarian globalists (e.g. Caney). In section 2., this account is used to illuminate and resolve a debate concerning the proper normative character of the institution of refugeehood as an institution that entitles individuals to cross state borders. In section 3., the account is brought to bear on arguments concerning a human right to freedom of movement. It concludes by defending a human right to freedom of pass-through movement but not a human right to freedom of movement in its maximal sense.

Menschenrechte, Flüchtlinge und Bewegungsfreiheit

Dieser Artikel schlägt eine achtungsbasierte Konzeption der Menschenrechte vor, die zwischen teleologischen und deontischen Dimensionen der Achtung unterscheidet. In Abschnitt 1. wird diese Konzeption vorgestellt, indem sowohl für Menschenrechte argumentiert wird, die den sicheren Zugang zu den Bedingungen eines minimal anständigen Lebens (im Sinne humanitärer Pflichten der moralischen Solidarität) zum Gegenstand haben,

als auch für Menschenrechte, denen ein Bekenntnis zum gleichen Status aller Menschen als Mitglieder einer transnationalen Gesellschaft (im Sinne von Gerechtigkeitspflichten) zugrunde liegt. Diese Position wird von Konzeptionen abgegrenzt, die einzig auf den sicheren Zugang zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse abzielen (z. B. Miller), wie auch von maximalistischen Konzeptionen der Menschenrechte, wie sie von liberal-egalitaristischen Globalisten (z.B. Caney) vertreten werden. In Abschnitt 2. wird diese Position angewandt, um eine Debatte über den normativen Charakter des Asyls als einer Institution, die Individuen zur Überschreitung staatlicher Grenzen berechtigt, zu beleuchten. In Abschnitt 3. wird die Position auf Argumente bezüglich eines Menschenrechts auf internationale Bewegungsfreiheit angewandt. Der Beitrag schließt mit der Verteidigung eines Menschenrechts auf Reisefreiheit, nicht aber eines Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit im anspruchsvollen Sinn.

Rainer Bauböck: Demokratische Grenzen als Membranen

Müssen demokratische Staaten Einwanderung kontrollieren? Dieser Beitrag argumentiert für eine realistische Utopie offener Grenzen zwischen demokratischen Staaten. Territoriale Grenzen können wie durchlässige Membranen funktionieren, wenn sie eine Innen-Außen-Differenz aufrechterhalten, langfristig stabil sind und Immigranten den Gesetzen des Einwanderungsstaates unterworfen werden. Internationale Personenfreizügigkeit existiert heute bereits als Ergebnis regionaler Integration in der Europäischen Union, zwischenstaatlicher Abkommen und der zunehmenden Verbreitung mehrfacher Staatsangehörigkeiten. Der Beitrag argumentiert aus normativer Sicht, dass demokratische Staaten bei MigrantInnen mit mehrfachen staatlichen Bindungen Doppelstaatsbürgerschaften akzeptieren und auf diese Weise individuelle Zonen der Bewegungsfreiheit schaffen sollten. Das größte Potenzial für globale Erweiterung von Freizügigkeitsrechten liegt jedoch in der Förderung der Einwanderungs-

rechte der eigenen StaatsbürgerInnen in anderen Staaten. Der Beitrag kommt zum Schluss, dass demokratische Staaten in der Verfolgung dieses Ziels ihren Bürgern wechselseitige Rechte auf Bewegungsfreiheit einräumen können, ohne dadurch ihre Fähigkeit, sich selbst zu regieren, zu gefährden. Eine solche Erweiterung staatsbürgerlicher Rechte auf Freizügigkeit muss von davon unabhängigen menschenrechtlichen und humanitären Pflichten zur Aufnahme schutzbedürftiger MigrantInnen unterschieden werden.

Democratic Borders as Membranes

Must democratic states control immigration? This article argues for a realistic utopia of open borders between democratic states. Territorial borders can function as permeable membranes if they maintain a difference between inside and outside, if they are stable over time, and if immigrants are subjected to the laws of immigration states. International freedom of movement has already been brought about through regional integration in the European Union, through bilateral agreements and through the proliferation of multiple citizenship. This contribution argues from a normative perspective that democratic states ought to accept dual citizenship for migrants with multiple ties to states. The greatest potential for a global expansion of free movement lies, however, in the promotion by each state of its own citizens' right to enter and settle in other states. The article concludes that democratic states can grant each other's citizens reciprocal admission rights without losing thereby their capacity to govern themselves. Such an extension of citizenship rights to free movement must, however, be distinguished from human rights and humanitarian duties of admission of migrants in need of protection.

Petra Bendel: Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Menschenrechte? Zugang zum Territorium und zu einem fairen Asylverfahren in der Europäischen Union

Nachdem die Europäische Union ihr gemeinsames Asylsystem erneuert hat, liegt die menschenrechtli-

che Herausforderung angesichts steigender Flüchtlingszahlen primär darin, Schutzsuchenden den Zugang zum Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu garantieren und damit die Voraussetzung für den Zugang zu einem fairen und effizienten Asylverfahren zu schaffen sowie das Gebot der Nicht-Zurückweisung (*non-refoulement*) einzuhalten. Dem entgegen steht eine zunehmende Extraterritorialisierung der Grenzen und der Ausbau von traditionellen Grenzen sowie technologischen Überwachungs- und Kontrollsystemen (EUROSUR, *smart borders*). Der Beitrag zeigt die damit für menschen- und flüchtlingsrechtliche Garantien verbundenen Schwierigkeiten auf und prüft, welche Alternativen sich durch die Öffnung legaler Zugangswege – etwa über diplomatisches Asyl, Wiederansiedlung oder geschützte Einreise – ergeben könnten. Abschließend wägt er ab, welche politischen Konstellationen eine Öffnung der Systeme derzeit erleichtern oder erschweren.

An Area of Freedom, Security and Human Rights? Access to Territory and to a Fair Asylum Procedure in the European Union

With the European Union's renewal of its Common Asylum System, the main human rights challenge, in view of increasing numbers of refugees, consists in guaranteeing persons in need of protection access to the territory of a Member State, and as such providing them with the possibility to access a fair and efficient asylum system, and in respecting the principle of *non-refoulement*. The growing extraterritorialisation of borders, the increasing protection of traditional borders, and the installation of technology-based surveillance and control systems (EUROSUR, *smart borders*), however, undermine efforts to meet this challenge. This article points out the obstacles for the respect of human rights and refugee rights and examines solutions that could be provided by opening legal access routes like diplomatic asylum, resettlement or protected entry procedures. Finally, it evaluates the current political constellations that might facilitate or hamper an opening of the systems.

Ulrike Krause: Zwischen Historie und Aktualität. Kritische Betrachtung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (1951) mit Beachtung des Protokolls (1967)

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und das Protokoll von 1967 erweisen sich als Meilenstein der Menschenrechtsgeschichte. Etabliert nach dem Zweiten Weltkrieg und auf der Grundlage von menschenwürdiger Flüchtlingsbehandlung vor und während der Kriegsjahre soll das Abkommen den Schutz und die Lösungsfindung für Flüchtlinge in Europa und später global sicherstellen. In den 46 Artikeln sind Rechte von Flüchtlingen und Pflichten von Vertragsstaaten verbrieft, die ein völkerrechtlich verbindliches Instrument verkörpern. Seit dem Inkrafttreten wurde die Konvention durch 145 Staaten unterzeichnet, was die Annahme eines weitreichenden Flüchtlingsschutzes nach internationalen Standards annehmen lässt, doch zeigten sich nicht nur vielseitige Herausforderungen, sondern auch Fortentwicklungen des Schutzsystems. Ausgehend von der Historie setzt sich der Artikel mit den Inhalten und Grundprinzipien der Flüchtlingskonvention unter Beachtung des Protokolls auseinander und zielt darauf ab, sie im Kontext der aktuellen Entwicklungen kritisch zu beleuchten. So wird letztlich hinterfragt, wie die Konventionsinhalte im Spannungsgewebe zwischen Text, Schutzauslegung und globalen Entwicklungen stehen.

Between historical and current affairs. Critical analyses of the Convention relating to the Status of Refugees (1951) and its Protocol (1967)

The Convention relating to the Status of Refugees of 1951 and its Protocol of 1967 has proven to be a milestone in the history of human rights. Established after the Second World War and on the basis of inhumane refugees' treatment before and during the war, the convention was to ensure the protection and solutions finding for refugees in Europe and later globally. The 46 articles in the convention

state the rights of refugees and obligations of states, which reveal an international legally binding instrument. Since it entered into force, 145 states signed the document which suggests the adoption of a far-reaching refugee protection according to international standards; however, the past years also reveal multiple challenges and developments within the protection system. Based on history, this article discusses the content and principles of the Refugee Convention and its Protocol, and aims to critically examine these aspects in the context of current developments. Finally, the article asks how the convention's narrative, the protection mechanisms and global developments relate to each other.

Antje Weber: 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Bilanz und Ausblick

Am 20. November 2014 feiert die UN-Kinderrechtskonvention ihr 25-jähriges Bestehen – ein historisches Datum und ein bedeutender Tag für die Verwirklichung von Kinderrechten. Seit der Verabschiedung dieses Vertragswerks ist die Subjektstellung von Kindern erstmals weltweit rechtlich verbrieft. Kinder sind nicht mehr „Objekt“ ihrer Eltern und es liegt nicht im Ermessen der Staaten, unter welchen Umständen Mädchen und Jungen in ihrem Staatsgebiet aufwachsen. Viele Fortschritte sind im letzten Vierteljahrhundert erreicht worden und machen deutlich, dass die Konvention durchaus Einfluss auf das Leben von Kindern auf nationaler Ebene hat. Und trotzdem sind die Herausforderungen groß. Weiterhin sind Kinder täglich Missbrauch, Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt. Rechtsverletzungen sind oft an der Tagesordnung, da viele Staaten ihren Pflichten nicht ausreichend nachkommen können oder wollen. Der vorliegende Beitrag zieht eine Bilanz der letzten 25 Jahre, benennt Erfolge und Herausforderungen, die es in den kommenden Jahren zu überwinden gilt, um jedem Kind weltweit die Chance auf eine echte Zukunft zu geben.

The 25th anniversary of the UN Convention on the Rights of the Child – balance and perspective

The UN Convention on the Rights of the Child celebrates its 25th anniversary on 20 November 2014 – a historically date and an important day for the realization of children's rights. Since the adoption of this treaty, the subject status of children has been legally recognized for the first time. Children are not seen as „objects“ of their parents anymore and it is not within the discretion of States to decide on the living conditions of the girls and boys in their territory. Significant progress has been made in the last quarter century and this makes clear that the Convention can in fact have important impact on the life of children at national level. Nevertheless, the challenges we face are great. Every day, children are at risk of abuse, violence and exploitation. The violation of rights is the order of the day because many states are not willing or able to fulfil their duties. The article draws a balance of the last 25 years, identifies achievements and challenges that have to be met in the coming years to give every child real prospects for the future.

Elvira Niesner: Armutsprostitution – eine gesellschaftliche Herausforderung

Elvira Niesner fokussiert in ihrem Beitrag die Problematik der Armutsprostitution und zeigt die

Überschneidungen mit der erzwungenen und ausbeuterischen Prostitution auf. Kritisiert werden polarisierende und ideologische gesellschaftliche Diskussionen zu Prostitution, welche die Differenzen auf dem Markt ausblenden und Handlungsansätze blockieren. Weil eine Gesamtschau der Probleme und möglichen Handlungsoptionen wichtig ist, wurde eine Synopse mit den drei HauptprotagonistInnen auf dem Markt erstellt: den Frauen in der Prostitution, den Betreibern und anderen „Geschäftemachern“ wie Zuhältern und Menschenhändlern sowie den Freiern, die mit ihrer Nachfrage wesentlich den Markt bestimmen.

Prostitution due to poverty as a societal problem

Elvira Niesner focuses on her paper on the problem of prostitution due to poverty and illustrates the overlap between the forced and exploitative prostitution. It criticizes the polarizing and ideological social discussions on prostitution which dismiss the difference in the sector and inhibit the approach of action. Due to the importance of an overall picture of the problem and feasible course of action, a synopsis was drawn with three main protagonists: the women in the prostitution, the persons running the brothels and other „business makers“ such as the pimps and the human traffickers as well as the punters who significantly determine the sector through their demand.